

Tarifrunde Öffentlicher Dienst/Länder: Kein Kaputtsparen!

Derzeit blocken die öffentlichen Arbeitgeber*innen in der Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten der Länder: kein Angebot in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die 1,1 Mio. Beschäftigten und 48.000 Auszubildenden. Daher muss den Forderungen jetzt durch Streik und andere Aktionen Nachdruck verliehen werden.

Worum geht es? Die verhandelnden DGB-Gewerkschaften (ver.di, GdP, GEW, IG BAU) sowie dbb beamtenbund und tarifunion fordern eine Einkommenserhöhung von 5 %, mindestens aber 150 Euro, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Für die Beschäftigten des Gesundheitswesens werden 300 Euro gefordert wegen der andauernden und hohen besonderen Belastung. Auch die Vergütungen der Auszubildenden sollen um 100 Euro angehoben werden.

Ziel ist es, für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder (ohne Hessen) Reallohnsteigerungen zu erreichen. Der derzeit hohe Anstieg der Verbraucherpreise muss nicht nur ausgeglichen werden, auch der Anschluss an andere Branchen darf nicht verpasst werden (siehe Grafik). Gerade die hohe Fluktuation im öffentlichen Dienst sowie der generelle Fachkräftemangel erschweren es, Personal zu gewinnen. Schlechte Verdienstaussichten schmälern für öffentliche Arbeitgeber*innen die Erfolgsaussichten auf dem Bewerber*innenmarkt. Motiviertes und gut qualifiziertes Personal brauchen die Länder aber, um der Vielzahl an Aufgaben – sei es im Gesundheitswesen, IT oder anderen Bereichen – gerecht zu werden. Wir brauchen eine leistungsfähige Verwaltung!

Die Arbeitgeberseite ignoriert diese Probleme. Sie möchte nicht einmal die Preissteigerung ausgleichen. Auch die 300 Euro-Zahlung im Gesundheitswesen, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte und ein ÖPNV-Ticket für Azubis lehnt sie ab. Aber damit nicht genug:

Das Eingruppierungssystem soll nach ihren Vorstellungen so verändert werden, dass dadurch massive Herabgruppierungen der Beschäftigten ermöglicht werden. Die Gewerkschaften lehnen das ausdrücklich ab – denn wie soll so etwas vorhandene Beschäftigte halten und die Arbeit im Öffentlichen Dienst der Länder für zukünftiges Personal attraktiv machen?

Es kann nicht sein, dass Politiker erst Sonntagsreden halten und dann die Leistung von „systemrelevanten“ Beschäftigten nicht honorieren wollen. Diese Beschäftigten verdienen Anerkennung und Respekt auch in Form von mehr Geld. Sie waren und sind es, die unsere Gesellschaft zum Teil unter Gefährdung der eigenen Gesundheit und mit hohem Arbeitseinsatz versorgen (etwa im Gesundheitswesen) und in anderen essentiellen Bereichen am Laufen halten. Die aktuelle positive Steuerschätzung ist ein weiterer Beweis dafür, dass angeblich fehlendes Geld nicht als Ausrede dafür gelten kann, den Beschäftigten der Länder einen anständigen Lohn zu verweigern.

Die Arbeitgeber sollten daher die Arbeitsleistung ihrer Beschäftigten endlich anerkennen und zügig ein ernsthaftes Angebot unterbreiten, denn: Ein kaputtgesparter Öffentlicher Dienst auf Länderebene nützt niemandem.

